

Hans-Joachim Gille

Von: "FDP KV Erft" <fdp-kv-erft@t-online.de>
An: <georgkeulertz@aol.com>; <h.gille@t-online.de>
Cc: "Karl-Heinz Weingarten" <karl-heinz.weingarten@e-c-w.de>; "Ulrich Martin" <ug.martin@t-online.de>; "Eva Fielitz" <EFIELITZ@t-online.de>
Gesendet: Donnerstag, 12. Mai 2005 11:37
Einfügen: KV-ErftBoA-Beschluss12-03-03.pdf
Betreff: Anmeldung: Vertretung für Herrn Engel

**Sehr geehrter Herr Keulertz,
sehr geehrter Herr Gille,**

hiermit möchte ich Herrn Karl-Heinz Weingarten als Vertreter für Herrn Engel zur Veranstaltung am 19.05.05 anmelden.

Als Anhang erhalten Sie eine pdf-Datei zur Position der FDP in dieser Angelegenheit.

Mit freundlichen Grüßen

**Anke Barth
(Büro Horst Engel MdL)**

FDP Kreisverband- Erft

Nachstehendes Konzept wird als Dringlichkeitsantrag dem FDP-Bezirksparteitag des BV-Köln (29.3.03) zur Beratung und Beschlussfassung zugeleitet.

Einstimmiger Beschluss FDP Kreisverband-Erft, Kreisparteitag, 12.3.2003, Frechen:

Kraftwerkserneuerungsprogramm Braunkohle Chance für den Wirtschaftsstandort Bergheim/Bedburg

FDP: Konzept integrierter Wirtschaftsstandort Bergheim/Bedburg

Anlass

RWE Rheinbraun plant im Zuge der Umsetzung des mit der NRW-Landesregierung vereinbarten Kraftwerkserneuerungsprogramms, in den nächsten 30 Jahren die bestehenden Kraftwerksblöcke Zug um Zug durch jeweils modernste Kraftwerkstechnik zu ersetzen. Die Altanlagen sollen hierbei sukzessive durch 8 – 10 BoA - Anlagen (abhängig von Wirkungsgradentwicklung, Baugröße und Markt) an bis zu drei Standorten im Revier abgelöst werden. In diesem Zusammenhang ist an den Standorten Bergheim - Niederaußem und Neurath die Errichtung von ca. je 4000 MW installierter Leistung vorgesehen.

Gebietsentwicklungsplan - Bergheim

Derzeit bereitet das Unternehmen den Antrag zur Änderung des Gebietsentwicklungsplans (GEP) für den Standort Niederaußem im Regierungsbezirk Köln mit dem Ziel vor, die Flächen festzulegen, innerhalb derer die Kraftwerksblöcke später ihren Standort erhalten können. Der zuständige Regionalrat wird sich nicht, wie zunächst vorgesehen, am 4. April mit dem Vorhaben befassen, da das Unternehmen seinen Antrag wegen noch erforderlicher Klärungen zurückgezogen hat.

Gebietsentwicklungsplan - Neurath

Das entsprechende Verfahren für den Standort Neurath ist bereits eingeleitet.

Weitere Planungs- und Genehmigungsverfahren

Die genaue Platzierung und Genehmigung der einzelnen Kraftwerksblöcke erfolgt später in gesonderten Verfahren¹.

FDP: Chance für den Wirtschaftsstandort Bergheim/Bedburg nutzen

Der FDP Kreisverband - Erft hatte 1995 das Kraftwerkserneuerungsprogramm als wichtigen Schritt zur Klimaverbesserung und Sicherung des Wirtschaftsstandortes Bergheim/Bedburg begrüßt. Auch die erneute Prüfung hat gezeigt:

1. Es gibt für die FDP keine Alternative zum Kraftwerkserneuerungsprogramm, denn es ist Bestandteil ihrer langfristig angelegten, pragmatischen Umweltpolitik.
2. Während andere Parteien und Initiativen durch Fundamentalopposition in ihrer Kreativität behindert sind, stellt die FDP das „ob“ nicht in Frage, sondern will beim „wie“ der kon

Das Vorhaben durchläuft ein dreistufiges Genehmigungsverfahren: 1. Reservierung der Flächen im Gebietsentwicklungsplan, 2. Änderungen im Flächennutzungsplan und 3. Genehmigung der konkreten Planung für jeden Einzelblock im Rahmen des BIMSCHG-Verfahrens.

kreten Planung aktiv mitwirken, damit den Belangen der betroffenen Bürgerinnen und Bürgern in möglichst hohem Maß Rechnung getragen und ein Optimum für die Region Bergheim/Bedburg erreicht wird.

FDP fordert Konzept „Integrierter Wirtschaftsstandort Bergheim/Bedburg“

Die FDP fordert Unternehmen und Kommunen auf, an der Entwicklung eines Konzeptes „**Integrierter Wirtschaftsstandort Bergheim Bedburg**“ mitzuwirken und hierzu im laufenden bzw. bevorstehenden GEP Verfahren den erforderlichen Rahmen und die planerische Flexibilität zu schaffen für:

- Erhalt und Ausbau langfristig subventionsfreier, hochwertiger und wohnortnaher „stau-reier“ Arbeits- und Ausbildungsplätze
- Erhalt akzeptabler Lebens- und Umweltbedingungen
- schrittweisen Ersatz der alten durch neue, modernste Kraftwerke, um CO₂-Emissionen über *Anreiz* statt über *Verordnung* zu reduzieren
- gezielte Ansiedlung von Unternehmen mit Bedarf an Dampf und Strom z.B. Lebensmittel (Milcherzeugnisse, Konserven), Landwirtschaft und Papierherstellung, um
 - die Ausnutzung der Braunkohle weiter zu verbessern
 - die Dampfschwaden der Kühltürme weiter zu verringern und
 - zusätzliche Arbeitsplätze an den Kraftwerksstandorten zu schaffen
- Nutzung der Energiebasis zur Weiterentwicklung der Wirtschaftsstruktur und Stärkung von Mittelstand und Handwerk
- Stärkung der Wirtschaftskraft der Region
- Sicherung der Wertschöpfung für die Region

FDP begleitet aktiv und erfolgreich die Planungsschritte

Zwischen dem Unternehmen und der Stadt Bergheim werden zur Zeit intensive Gespräche geführt, um vor Beginn des GEP Verfahrens eine grundsätzliche Verständigung für den Standort Niederaußem² zu finden. Die Belange der Bürgerinnen und Bürger der den Kraftwerken benachbarten Ortschaften wie Auenheim, Niederaußem, Rheidt-Hüchelhoven und Bedburg-Rath spielen dabei eine wesentliche Rolle. Sie wollen keine

Zunahme der Immissionen

- Verstärkte Schattenbildung oder gesteigerte Niederschläge durch Kühlturmschwaden
- noch beherrschender Silhouette durch noch größere Kraftwerksbauten und durch die Quer- statt Längsanordnung der Baukörper aus Sicht von Rheidt-Hüchelhoven
- Zunahme der Verkehrsbelastungen durch Bau und Betrieb der BoA - Blöcke
- Wertminderung ihrer Grundstücke

Zur Berücksichtigung dieser Belange schon im Vorverfahren wurde auf Antrag des FDP OV-Bergheim ein BoA - Arbeitskreis eingerichtet, bestehend aus Vertretern der Stadt Bergheim, des Unternehmens sowie einer Bürgerinitiative. Der aktuelle Verhandlungsstand lässt erkennen, dass der Dialog fruchtbar ist. RWE Rheinbraun hat seine Planungen bereits in wesentlichen Punkten z.B. durch

- Reduzierung der ursprünglich geplanten Blockzahl am Standort Niederaußem
- geringere Inanspruchnahme von Agrarfläche
- Aussparen der L 279

² Das GEP Verfahren für den Standort Niederaußem liegt in der Zuständigkeit des Regionalrates Köln

angepasst.

Im Sinne eines **Integrierten Wirtschaftsstandortes Bergheim/Bedburg** fordert der FDP Kreisverband - Erft:

vom Unternehmen

Begrenzung der Kohleneinsatzmenge am Standort Niederaußem im Endausbau auf das Niveau vor BoA I

Überprüfung der Reihenfolge bei der Errichtung der Blöcke. Angesichts der Tatsache, dass das Stadtgebiet Grevenbroich durch die beabsichtigte, vollständige Stilllegung des Kraftwerksstandortes Frimmersdorf eine deutliche Entlastung erfahren wird, sollten die nächsten Blöcke in folgender Reihenfolge errichtet werden:

BoA 1: Niederaußem, BoA 2 u.3: Neurath, BoA 4: Niederaußem

Umsetzung des Kraftwerkserneuerungsprogramms nicht nur in Neurath und Niederaußem sondern an mindestens drei Standorten

Überprüfung der Blockplatzierung und -anordnung, um gegenüber Rheidt - Hüchelhoven einen optischen „Querrieeffekt“ zu verringern

Begrenzung der Kraftwerksschwaden im Endausbau Niederaußem auf das Maß vor Bau der ersten BoA z.B. durch

- weitere Wirkungsgradsteigerungen der Kraftwerke,
- Abwärmenutzung durch Fernwärme oder Industriebetriebe unter Einsatz entsprechender angepasster Kraftwerkstechnik oder
- Einschränkung der Kohleeinsatzmenge
- Den Verbleib der Hauptverwaltung von RWE Rheinbraun in Köln. Braunkohlenförderung und -stromerzeugung haben im Revier Akzeptanz. Mit der Verlegung der Hauptverwaltung nach Essen würde sich das Unternehmen vom Revier „distanzieren“ und die für Genehmigungsverfahren und Betrieb von Tagebauen und Kraftwerken so wichtige Identifikation und Akzeptanz in der Region Schaden nehmen.

von den Kommunen

aktive und konstruktive Begleitung aller auch späteren Planungsschritte durch ein gezieltes Standortmarketing, gemeinsam mit kompetenten Partnern wie Wirtschaftsförderungsgesellschaften, der Landesregierung und Projektentwicklern, um die Ansiedlung Technologie - integrierter Unternehmen zu erreichen

Ausweisung ausreichender Flächen, die unter Einbeziehung der Kraftwerksaltstandorte eine flexible, standortübergreifende Planung ermöglichen

rechtzeitige Planung von Maßnahmen, die die Ortschaften vor allem während der Bauphase neuer Kraftwerke entlasten. Hierzu zählt z.B. der endgültige Ausbau der L 279 als Umgehungsstrasse für die Ortschaft Bedburg Rath

frühzeitige Information der betroffenen Bürger über die geplanten Maßnahmen

- Berücksichtigung der Belange, die von den Bürgerinnen und Bürgern in Bürgerversammlungen oder über gewählte Vertreter formuliert werden
- Lösungen müssen gemeinsam im offenen Dialog erreicht werden

von Unternehmen und Kommunen

Schaffung attraktiver Rahmenbedingungen

- für Unternehmen, die für umweltfreundliche Produktionsprozesse Dampf, Strom, Wasser und qualifizierte Arbeitskräfte benötigen
- für mittelständische Industrieservice-, Dienstleistungs- und Handwerksbetriebe

von der Politik

Die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass die auf die Stromproduktion der Kraftwerke entfallenden Steuern wieder den lokalen Kommunen zugute kommt

Die FDP fordert alle Beteiligten auf, die mit der Erneuerung der Kraftwerke für die Region und ihre Menschen verbundenen Chancen zu nutzen und sich konstruktiv in das Verfahren einzubringen.